



Mehr Sicherheit ...
... fordert die SPÖ; und deren Landesrat Dr. Peter Rezar präzisiert: „ÖVP-Innenminister haben im Burgenland Polizeinspektionen geschlossen. Das gefällt den Burgenländerinnen und Burgenländern gar nicht ...“. **Seite 9**

Vom versöhnlichen Ende einer scheinbar endlosen Geschichte: Seite 2

Das Getränkesteuer-Thema gehört der Vergangenheit an



Dutzende Teilnehmer genossen die diesjährige Reise des GVV Burgenland, die die Highlights von Schottland zum Ziel hatte. Mehr darüber auf Seite 14

*Der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland,
LAbg. Bgm. Ernst Schmid, und sein Team
wünschen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs
einen erfolgreichen Urnengang am 28. September 2008!*

Kommentar



Mag. Herbert
MARHOLD
LGF
GVV Burgenland

Regeln für Gemeindefinanzen!

Die Novellierung der Burgenländischen Gemeindeordnung war und ist eines der zentralen Anliegen des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes Burgenland. Es gibt bereits einen Katalog von Vorschlägen des GVV, um die Gemeindeordnung noch transparenter und einfacher zu gestalten sowie die tägliche Praxis in den Gemeinden zu vereinfachen!

Ein zentrales Thema im Frühjahr und Sommer waren aber die Devisenoptionengeschäfte in einigen Gemeinden. Insgesamt haben 11 Gemeinden im Burgenland riskante Optionengeschäfte getätigt. Die Gemeindeaufsicht unter der Führung von LHStv. Steindl hat sich zunächst „unzuständig“ erklärt und später versucht, diese Auffassung zu stärken und das „Nichtreagieren“ der Aufsichtsbehörde zu verschleiern.

Wir als GVV Burgenland haben uns in den Gesprächen mit dem Land zur Lösung des Problems klar positioniert.

Mit der von SPÖ und GVV initiierten Novelle zur Gemeindeordnung sollen sich die Gemeinden in Zukunft bei ihrer Finanzpolitik auf klare Kriterien und Vorgaben seitens des Landes stützen können. Der Landtag hat bereits einen diesbezüglichen Beschluss gefasst, der die Basis für eine Verordnung bildet, mit der riskante Spekulationsgeschäfte – wie z.B. Devisenoptionen – in Zukunft prinzipiell untersagt bzw. seitens der Landesregierung strengste Regeln definiert werden können. Auch die Aufsichtspflicht der Gemeindebehörde wird klar definiert.

Wir werden als GVV Burgenland weiter versuchen, die Gemeindeordnung mit Bedacht an die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts heranzuführen. Das wird die Herausforderung für die nächsten Monate sein!

Mag. Herbert Marhold

Getränkesteuer-Infos für die Gemeinden

Im Lisztzentrum Raiding fand kürzlich eine Informationsveranstaltung des GVV Burgenland in Kooperation mit dem Gemeindebund und der Gemeindeabteilung zum Thema „Getränkesteuer“ statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, die Gemeinden über das genaue Prozedere bezüglich der Abwicklung der noch offenen Fälle zu informieren. GVV-Präsident Schmid: „Gemeinden müssen Topinformation bekommen, um diese Causa endlich abzuschließen!“

Hintergrund: Vor einigen Wochen fand in Wien das Abschlussgespräch zwischen Vertretern der Handelsbetriebe und Vertretern der Städte und Gemeinden statt, um die Causa Getränkesteuer endgültig zu beenden. Handel und Gemeinden einigten sich damals pauschal auf eine Rückzahlungsquote von 15%, dass entspricht einem Volumen von ca. 30 Millionen Euro. Auch der Bund hat sich verpflichtet, die Gemeinden mit 7,5 Millionen Euro zu unterstützen. Jetzt geht es um die konkrete Abwicklung der noch offenen Fälle.

Infos aus erster Hand

GVV-Präsident Ernst Schmid: „Wir wollen als Gemeinden Verfahrensfehler vermeiden! Daher haben wir diese Informationsveranstaltung mit Getränkesteuerexperte Prof. Dietmar Pilz organisiert. Unsere Gemeinden sollen topaktuelle Informationen aus erster Hand bekommen.“

Insgesamt wurde die Infoveranstaltung in Raiding sehr gut angenommen. Viele Gemeinden aus dem ganzen Land waren vertreten. Schmid abschließend: „Wichtig ist jetzt, diese leidige Causa, die uns nun schon seit 1995 beschäftigt, rasch und mit maximaler Rechtssicherheit abzuschließen! Der GVV Burgenland wird auch weiterhin unsere Gemeinden mit bestmöglicher Information und Hilfe versorgen!“

Ratschläge vom Experten

Im Fall der Getränkesteuerproblematik kamen die Informationen von Prof. Dietmar Pilz, der als Top-Experte auf diesem Gebiet gilt. Er empfahl den Vertretern der betroffenen Gemeinden, einerseits die mit dem Handel vereinbarten Richtlinien genau einzuhalten und vor allem auf die Fristen zu achten, um sich vor Regressansprüchen zu schützen, andererseits jeden einzelnen Anspruch genau zu prüfen, um nicht zuviel an Rückerstattung zu leisten. ♦



GVV-Präsident LAbg. Bgm. Ernst Schmid (am Rednerpult) mit Getränkesteuer-Experten im Lisztzentrum Raiding.

Foto: Manfred Murczek

Liebe Gemeindevertreterin,
lieber Gemeindevertreter!

Die Schüssel-Molterer-ÖVP hat einmal mehr vorgezogene Neuwahlen mutwillig vom Zaun gebrochen. Auf ihre Umfragewerte schielend hat sie einen parteitaktischen Vorteil gesehen und die Arbeit für Österreich beendet. Heute ist auch vielen in der ÖVP klar, dass mit dem Bruch der Koalition ein schwerer Fehler begangen wurde. Die Sozialdemokraten haben mit Werner Faymann an der Spitze Boden gut gemacht, die SPÖ ist wieder da, für die Nationalratswahl am 28. September zeichnet sich ein Kopf an Kopf-Rennen ab.



Landeshauptmann
Hans Niessl



Präs. LAbg. Bgm.
Ernst Schmid

Die SPÖ stellt die Anliegen der Menschen in den Mittelpunkt. Werner Faymann hat ein 5 Punkte-Programm gegen die Teuerung vorgelegt, womit auch die Burgenländerinnen und Burgenländer rasch und spürbar entlastet werden: Anhebung des Pflegegeldes und der Familienbeihilfe, Halbierung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, Abschaffung der Studiengebühren und Verlängerung der Hacklerregelung. Die Schüssel-Molterer-ÖVP hat immer wieder Nein zur Entlastung der Menschen, zu einem Vorziehen der Steuerreform gesagt. Nein-Sagen, Bremsen und Blockieren – das sind die Markenzeichen der ÖVP im Bund und im Burgenland.

Die SPÖ hat auch im Burgenland der Teuerung den Kampf angesagt. Wir haben ein rot-goldenes Entlastungspaket geschnürt, sozialdemokratische Politik ohne ÖVP-Beteiligung bedeutet: Verdoppelung des Heizkostenzuschusses, Ausweitung des Fahrtkostenzuschusses und des Mietkostenzuschusses, Abschaffung des Regresses bei der Pflege, 50% Zuschuss zum Semesterticket für Studierende, Öffnung der Landestankstellen für Pendler, 100 Euro Schulstartgeld für alle Erstklassler und Kinder im letzten Kindergartenjahr, bis zu 50% Zuschuss zu den Ticketpreisen bei Bus und Bahn. Mit all diesen Maßnahmen ist das Burgenland eine „soziale Modellregion“. Andere reden – wir handeln!

Eine starke SPÖ und ein Bundeskanzler Werner Faymann sind der Garant dafür, dass auch Österreich sozialer und moderner wird. Damit das gelingt, müssen wir gemeinsam und geschlossen bis zum Wahltag um jede Stimme kämpfen. Sorgen wir als „Team Burgenland“ gemeinsam dafür, dass die SPÖ zur Nummer 1 bei den Wahlen am 28. September wird.

LAbg. Bgm Ernst Schmid
Präsident des sozialdemokratischen
Gemeindevertreterverbandes

LH Hans Niessl
SPÖ-Landespartei-vorsitzender

Unterstützung für unsere Kleinen

LH Niessl und LR Dunst präsentieren neue Initiative im Kampf gegen die Teuerung. Erstmals gibt es im Burgenland für alle Erstklassler 100 Euro Schulstarthilfe. Auch für Kinder des letzten Kindergartenjahres erhalten Burgenlands Familien eine finanzielle Hilfe in Höhe von 100 Euro.

Bereits in den vergangenen Wochen konnte eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer vorgestellt werden. Das rot-goldene Entlastungspaket umfasst insbesondere die Öffnung der Landestankstellen, die Abschaffung des Regresses bei der Pflege, die Verdoppelung des Heizkostenzuschusses, die Ausweitung des Fahrtkostenzuschusses und der Wohnbeihilfe. Landeshauptmann Hans Niessl: „Wir sagen der Teuerung den Kampf an. Andere reden – wir handeln.“

Dokumentiert wird das auch mit der Initiative zur Entlastung der burgenländischen Familien. Mit Beginn des neuen Schuljahres am 1. September 2008 hat es erstmalig im Burgenland für alle Erstklassler ein Schulstartgeld in der Höhe von 100 Euro gegeben. Da das kostenlose Kindergartenjahr erst im kommenden Jahr umgesetzt werden kann, werden Eltern im Burgenland als Übergangshilfe auch für die Kinder des letzten Kindergartenjahres 100 Euro



LH Hans Niessl, LR Verena Dunst

erhalten. „Damit unterstützen wir bis zu 5.000 burgenländische Familien, in Summe werden vom Land bis zu 500.000 Euro zur Verfügung gestellt“, so Familienlandesrätin Verena Dunst. ◆



www.BKF.at

- VIDEOSTREAMS
- NACHRICHTEN
- PROGRAMM
- WETTER
- TIPPS



DAS BURGENLAND FERNSEHEN.

Liebe
Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!

Kindergartengesetz neu - GVV sieht viele Vorschläge im SPÖ-Entwurf verwirklicht!

Seit fast einem Jahr gibt es SPÖ-intern eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Erarbeitung eines neuen modernen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes beschäftigt. Seitens des GVV waren wir bei den parteiinternen Gesprächen aber auch bei den Parteienverhandlungen mit ÖVP, FPÖ und Grünen dabei. Die SPÖ Burgenland will die Kinderbetreuung auf neue Beine stellen und somit die Vereinbarung von Familie und Beruf erleichtern.

Wir als Gemeindevertreter begrüßen diese Initiative, aber es war uns vor allem wichtig, dass die Meinung der Gemeinden nicht außer Acht gelassen wurde.

Der SPÖ-Entwurf stellt klar: Trotz mehr Personal und damit mehr Qualität in der Kinderbetreuung wird es für die Gemeinden im Rahmen der Personalkosten nicht teurer.

Das Burgenland wird im Zeitraum 2008 bis 2010 über die sogenannte 15a-Vereinbarung mit insgesamt 1.561.500 Euro erstmals seit Abschaffung der Kindergartenmilliarde wieder finanzielle Impulse erhalten.

Zur Thematik „Kostenloses Kindergartenjahr“, dass im Burgenland vor allem von der FPÖ gefordert wird, ist eines klar zu sagen:

Bildungspolitik ist Bundeskompetenz: Daher fällt die Finanzierung des letzten Kindergartenjahres als gleichsam vorschulisches Bildungsjahr grundsätzlich dem Bund zu. Das Land Burgenland hat – auch ohne Unterstützung des Bundes – schon seit vielen Jahren Verantwortung übernommen.

Gemeinsam mit den Gemeinden trägt das Land derzeit den Löwenanteil der Kosten für die vorschulische Kinderbetreuung. Mit einem Versorgungsgrad von rund 97 Prozent bei den 3- bis 6-jährigen hat das Burgenland die größte Kindergartendichte in Österreich.

Ein „Gratiskindergartenjahr“ auf Kosten der Gemeinden kommt für den GVV jedenfalls nicht in Frage.

Die wichtigsten Ziele, die die SPÖ und der GVV mit dem Gesetzesentwurf für ein neues Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz verfolgen sind klar definiert:

1. Anspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind
2. mehr Betreuungsplätze für unter 3jährige,
3. verstärkte Förderung für gemeindeübergreifende Betreuungseinrichtungen, um das Angebot in dünn besiedelten Gebieten verdichten zu können
4. zusätzliches Personal für noch flexiblere Angebote.

Das Land Burgenland ist jedenfalls bereit, für den Ausbau der Betreuungseinrichtungen auch das nötige Geld in die Hand zu nehmen. Dabei ist besonders wichtig für den GVV, dass auch den Gemeinden als Kindergartenerhalter der Rücken gestärkt wird. Das derzeitige, einzigartige Preis-Leistungsverhältnis im Burgenland ist nur möglich, weil Gemeinden einen enormen Beitrag leisten. Sie sorgen als Kindergartenerhalter nicht nur für gut funktionierende Betreuungseinrichtungen, sondern unternehmen eine große finanzielle Kraftanstrengung, um das vielfältige Angebot zu subventionieren.

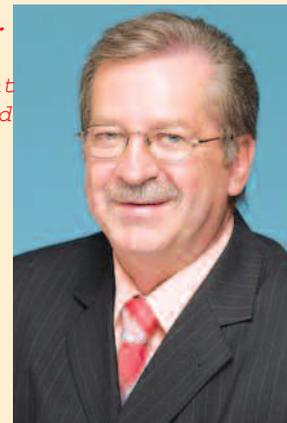
Im Gegensatz zur ÖVP, wo

offensichtlich mit den Gemeindevertretern keine Absprache erfolgte, war der GVV in unserer Arbeitsgruppe zum neuen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz voll inhaltlich eingebunden. Der GVV hat, wie bereits erwähnt, wesentliche Impulse zur Umsetzung dieses Gesetzes beigetragen. Eine solche umfassende Gesetzesreform kann nur funktionieren, wenn die Gemeinden von Anfang an eingebunden sind. Die SPÖ ist den Weg gemeinsam mit dem GVV gegangen. LR Resetar hat, innerhalb und außerhalb der eigenen Partei, den Alleingang gewählt!

Der SPÖ-Gesetzesentwurf sieht auch andere Finanzierungsschlüssel als bisher vor. Gefördert wird nicht mehr das Personal, sondern die Gruppe. Obwohl eine zusätzliche Helferin Pflicht werden soll, werden die Gemeinden als Kindergartenerhalter zukünftig auch finanziell besser unterstützt.

Mit dem neuen Förderungsschlüssel für die Personalkosten sind wir zufrieden. Durch das neue Gesetz können die Gruppen verkleinert werden und Kinder ab 2,5 Jahren aufgenommen werden. Das erfordert aber in einigen Gemeinden einen Zubau im Kindergarten, da größere Räumlichkeiten geschaffen werden müssen. Um dieses Problem zu lösen, wird es noch intensive Gespräche zwischen dem Land und den Gemeinden geben. LR Bieler und LH Niessl haben aber bereits höhere Baukostenförderungen in Aussicht gestellt, sodass die finanziellen Mehrbelastungen der Gemeinden abgedeckt werden.

LAbg. Bgm.
ErnstSCHMID
Präsident
GVV Burgenland



Zusammenfassend ist zu sagen, dass dieses neue Gesetz die Kinderbildung und Kinderbetreuung qualitativ im Burgenland auf neue Beine stellen wird. Trotz mehr Personal und damit mehr Qualität in der Kinderbetreuung wird es für die Gemeinden im Rahmen der Personalkosten nicht teurer. Im Gegenteil: Durch die neue Gruppenförderung profitieren die Gemeinden auch finanziell.

Zur ÖVP und LR Resetar ist leider nur eines zu sagen: Der Entwurf der Landesrätin Resetar war mit den Gemeinden in keiner Weise abgestimmt, daher gab es auch vom GVV Burgenland eine ablehnende Stellungnahme! Interessant ist, wie Gemeindebund-Burgenland Präsident Leo Radakovits sich nun verhalten wird. Wenn er dem Resetar-Entwurf seine Zustimmung erteilt, dann gibt es weder eine Qualitätsverbesserung im Angebot noch ein Mehr an Personalkostenförderung für die Gemeinden. Wir werden sehen, ob Radakovits über seinen parteipolitischen Schatten springt, und gemeinsam mit uns ein zukunftsorientiertes Paket für die Kinderbildung und Kinderbetreuung im Burgenland verabschiedet.

Euer



29 LEADER-Projekte

Die LEADER-Aktionsgruppe „nordburgenland plus“, die mit Jahresbeginn ihre Arbeit aufgenommen hat, kann auf ein erfolgreiches erstes Halbjahr verweisen. Der Verein zur Umsetzung des LEADER-Förderprogrammes in den Bezirken Eisenstadt, Mattersburg und Neusiedl hat einen dynamischen Start hingelegt, zieht Obmann LAbg. Christian Illedits eine positive Zwischenbilanz.



WIR PRODUZIEREN

ZEITUNGEN
MAGAZINE
FILME
WERBUNG
PUBLIC RELATIONS
SONDERPROJEKTE
WEBSOLUTIONS

für

- ◆ Städte + Gemeinden
- ◆ Verbände + Vereine
- ◆ Gewerbe + Handel + Industrie

MEDIA & MARKETING
M.+I. Murczek OEG
2491 Neufeld • Lisztg. 2
02624 / 52 10 25
0676 / 610 62 97
murczek@aon.at

„Wir sind mit 64 Mitglieds-gemeinden nicht nur die allergrößte LEADER-Plattform in ganz Österreich, sondern haben auch eine echte Aufbruchsstimmung ausgelöst. Im ersten Halbjahr wurden 29 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 4,03 Millionen Euro genehmigt. Die Projekte verteilen sich gleichmäßig über alle drei Bezirke“, betont Illedits. Weitere 130 Projektideen werden derzeit auf ihre Umsetzbarkeit geprüft.

Burgenlandweit stehen für das LEADER-Programm im Zeitraum 2007-2013 rund 22 Millionen Euro zur Verfügung. Davon fließen 9,8 Millionen in die Dorferneuerung. Im Unterschied zu den ersten beiden Förderperioden können LEADER-Mittel nun auch im Nordburgenland ausgelöst werden. Damit soll für Rückenwind im Bereich der Regionalentwicklung gesorgt werden. Illedits weiter: „Mit diesem Programm können gezielt Projekte gefördert werden, die aus den Regionen heraus entstehen und bei denen mehrere Gemeinden an einem Strang ziehen. Wir wollen damit den ländlichen Raum im

weitesten Sinn stärken.“

Als wichtigste Förderbereiche haben sich neben der Dorferneuerung der Tourismus, die Erneuerbare Energie und die Vernetzung von regionalen Projekten herauskristallisiert.

● **Dorferneuerung:**

Eisenstadt: Dorf-/Stadterneuerung Oberberg – Neugestaltung des Kalvarienberges

Mörbisch, Wulkaprodersdorf, Siegen-dorf, Siegraben: Start zu Dorferneuerungsprozessen unter Einbindung der Bevölkerung

Naturpark Rosalia-Kogelberg: Errichtung eines Infobüros und eines Naturparkladens mit Vinothek in Draßburg.

Region Rosalia: „Heilquelle neu“ in Bad Sauerbrunn

● **Rad- und Weinwanderweg Gols** – in Kooperation der Marktgemeinde, des Tourismusverbandes und des Weinbauvereins Gols

● **Kulturweg Neusiedl am See** – Weiden am See, eine „wanderbare“ Verbindung zwischen regionalen Denkmälern

● **Kirschblüten** – Auspflanzung von 1.000 Kirschbäumen und Maßnahmen zur Stärkung der Marke „Leithaberger Edelkirsche“

● **Unterstützung einer Machbarkeits-studie** „energieautarker Wirtschaftspark Pöttelsdorf“

● **ROBERTA** - Förderung von Frauen in technischen Berufen (Kooperationsprojekt aller drei LEADER-Aktionsgruppen)

● **Literaturgeschichte des Burgenlandes** – ein Projekt des P.E.N.-Club Burgenland

Mit den bislang genehmigten Projekten werden Fördermittel in der Größenordnung von rund 920.000 Euro gebunden. Weitere 34 Vorhaben wurden an andere Förderstellen weitergeleitet. „Alle LEADER-Projekte entstehen direkt in den Regionen. Das Management des Vereins „nordburgenland plus“ prüft in jedem einzelnen Fall die Umsetzbarkeit und begleitet die lokalen Akteure danach professionell bei der Realisierung. Auch diese Strukturen haben sich mittlerweile hervorragend eingespielt“ erläutert Obmann Illedits.



SPÖ/RI: Vorsprung durch Bildung

Politische Bildung boomt: Mit rund 2.000 TeilnehmerInnen beschließt das Dr. Karl Renner Institut Burgenland (RI) ein überaus starkes Bildungsjahr. „Die Bildungsoffensive der SPÖ hat voll eingeschlagen“, ist SP-Landesgeschäftsführer Georg Pehm zufrieden.

Seit dem Neustart des RI vor vier Jahren nützen immer mehr haupt- und ehrenamtliche AktivistInnen die SPÖ-Bildungsschmiede, um sich die nötige politische Fitness zu holen. Besonderen Zulauf verzeichnete die im Herbst neu aufgelegte „Kommunalpolitische Akademie“ von RI und Gemeindevertreterverband (GVV). „Hier bekommen unsere MandatarInnen punktgenau jene Unterstützung, die sie in der Praxis täglich brauchen“, erklärt Claudia Kreiner-Ebinger, Leiterin des RI im Burgenland. Neben zahlreichen Fach- und Trainingsseminaren hat das RI durch anspruchsvolle Diskussions- und

Themenabende zusätzlich wieder für politischen Gesprächsstoff gesorgt.

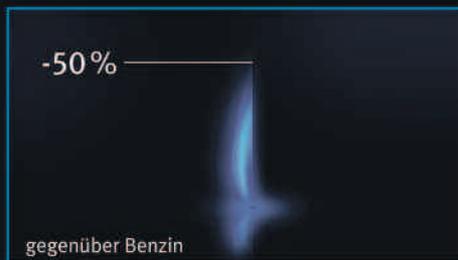
Besonders erfreulich sei das Bildungsjahr für die Frauen gelaufen, so SP-Bildungssprecherin LAbg. Doris Prohaska. „Mit gezielten Angeboten unterstützt das RI Frauen dabei, dass sie möglichst rasch kompetent und selbstbewusst arbeiten können.“ Wichtiges Detail: Neben dem Feinschliff für die Praxis bildet der Frauen-Schwerpunkt des RI auch einen wesentlichen Ankerpunkt für die Vernetzung und gegenseitige Stärkung der politisch aktiven Sozialdemokratinnen. „Davon profitieren neben den Frauen auch alle



Teams in den Gemeinden und Bezirken“, so Prohaska.

An die 2.000 TeilnehmerInnen wurden im vergangenen Bildungsjahr in Seminaren, Trainings-Workshops und Veranstaltungen des RI gezählt. „Rund 40 Prozent haben die Basis- und allgemeinen Informationsseminare besucht. Weitere 40 Prozent konnten zu einem Fachseminar begrüßt werden. Der verbleibende Teil absolvierte entweder eines der zahlreichen Angebote für Jugendliche und junge GemeinderätInnen oder eines der Kommunikations- und Rufseminare“, erklärt Kreiner-Ebinger. ♦

Treibstoffkosten



Schadstoffemission



CO₂ Ausstoß



DIE FLAMME IHRES LEBENS.



Erdgasautos nutzen den innovativen Kraftstoff der Zukunft. Lassen Sie sich vom sparsamen Verbrauch und höchster Umweltfreundlichkeit überzeugen!



Dorfmeister für Discobus

Die burgenländischen Discobusse werden in Zukunft mit „olympischem Gold“ unterwegs sein und weitere Ausbauziele anpeilen: Michaela Dorfmeister, zweifache Ski-Olympiasiegerin mit burgenländischen Wurzeln, unterstützt die größte Verkehrssicherheitsinitiative für Jugendliche im Burgenland. Der Skistar soll bei bewusstseinsbildenden Maßnahmen zur Jugend-Verkehrssicherheit mitwirken – und so die Umsetzung weiterer Ausbauziele des Discobus-Projektes unterstützen.

„Dieses Projekt ist mustergültig, weil es jungen Menschen eine sichere Alternative zum Privat-PKW bietet. Wäre ich in diesem Alter, würde ich dieses tolle Angebot nutzen“, beschreibt Michaela Dorfmeister ihr Motiv. „Wir freuen uns sehr, dass eine so prominente Sportgröße, die unter Jugendlichen Vorbildwirkung hat und noch dazu das Burgenland gut kennt, unser Projekt unterstützt“, freut sich Discobus-Obmann LAbg. Christian Illedits. Ein Jahr nach der Ausweitung in die Bezirke Oberwart und Güssing will der „Verein Discobus“ sein Liniennetz weiter attraktivieren und die Anbindung des Bezirkes Jennersdorf in Angriff nehmen. Außerdem soll trotz Teuerung sichergestellt werden, dass die Tarife leistbar und jugendgerecht bleiben.

Die allgemeine Teuerungswelle, die auch auf die Betriebskosten der Discobusse durchschlägt, soll von den Discobus-Benutzern und den Partnergemeinden weitgehend ferngehalten werden. Illedits: „Wir haben uns schon bisher bemüht, durch Sponsoren und Sonderfahrten zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen. Jetzt ergibt sich außerdem die Chance, auf einen Fördertopf des Bundes zurückzugreifen – auch das wollen wir gemeinsam mit den Partnergemeinden nutzen. Unser Ziel ist es, weiter leistbare Tarife für die Jugendlichen zu bieten und auch die Gemeindebeiträge in einem vertretbaren Rahmen zu halten.“

Das ganze Jahr über tragen die Discobusse dazu bei, die Verkehrssicherheit von Jugendlichen zu erhöhen. 2007

wurden weit über 60.000 Jugendliche befördert. Die Discobusse sind derzeit mit insgesamt 16 Linien in sechs der sieben Bezirke unterwegs.

Finanziert wird das Angebot durch Gemeindebeiträge und Sponsoren, der Fahrpreis beträgt 2 Euro für die Hin- und Rückfahrt.

Insgesamt nutzen rund 2000 Jugendliche jedes Wochenende das Angebot, das als österreichweit einzigartig gilt. Andere Bundesländer versuchen derzeit eine Adaption für ihr Landesgebiet.

Das Angebot der Discobus-Linien wird immer wieder evaluiert – natürlich mit Mithilfe der Partnergemeinden und der Discobus-Benutzer. Eine solche Bewertung soll auch in naher Zukunft wieder durchgeführt werden, kündigt Obmann Illedits an: „Die Discobusse sollen natürlich jene Ziele anfahren, die von den Jugendlichen gewünscht werden.“ Außerdem werden auch laufend spezielle Sonderfahrten – zum Beispiel zu Großevents – angeboten. Für derartige Veranstaltungen werden ‚maßgeschneiderte‘ Fahrpläne gestaltet. Allein heuer wurden durch solche Sonderfahrten zusätzlich rund 7.000 Personen befördert.

1999 und 2006 wurde das Discobus-Projekt mit dem Mobilitätspreis des Verkehrsclub Österreich ausgezeichnet. Auch 2007 hat der VCÖ den Stellenwert der Discobusse unterstrichen. VCÖ-Experte DI Martin Blum: „Für



v. l. n. r.: LAbg. Christian Illedits, Michaela Dorfmeister, GF Verein Discobus Thomas Hoffmann

Jugendliche sind Discobusse eine Lebensversicherung.“ Das Burgenland konnte durch ein flächendeckendes Discobus-Netz die Zahl schwerer Unfälle von jungen Lenkern deutlich verringern.“

Diese Leistungen für die Verkehrssicherheit junger Menschen will der Verein Discobus öffentlich noch stärker hervorheben. „Damit wollen wir einerseits für eine breite Nutzung unseres Angebotes durch die Jugend werben. Andererseits soll aufgezeigt werden, dass unsere Partnergemeinden mit ihrer Mitwirkung beweisen, dass ihnen die Verkehrssicherheit der Jugend ein echtes Anliegen ist“, so Obmann Illedits

Die zweifache Olympiasiegerin und mehrfache Weltcup- und Weltmeisterin Michaela Dorfmeister wird dabei mitwirken. „Das mache ich gerne und aus voller Überzeugung – denn noch nie war es für Jugendliche im Burgenland so einfach, sich keinem unnötigen Unfallrisiko auszusetzen und dennoch Spaß zu haben.“



Mehr Sicherheit fürs Burgenland

Für die SPÖ Burgenland hat es oberste Priorität, dass ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet ist. Der Anstieg der Kriminalität und der Rückgang der Aufklärungsquote seit 2000 können nicht ignoriert werden. LR Dr. Peter Rezar: „ÖVP-Innenminister haben im Burgenland Polizeiposten geschlossen. Die Exekutive ist in unseren Dörfern nicht mehr so präsent, wie sie es war. Das spüren die Burgenländer!“

Im Jahr 2000 wurde noch jeder zweite Kriminalfall gelöst - nach acht Jahren ÖVP-Innenministern nur noch jeder dritte. Im Jahr 2000 klärten 27.430 Polizisten 48,7 Prozent von 560.306 angezeigten Straftaten auf. 2004 klärten 24.913 Polizisten 38,1 Prozent von 643.648 Fällen auf. Diese Zahlen sind Ergebnis der Aushöhlung des Personalstandes, bei einer gleichzeitigen Verunsicherung: 3.000 Polizisten wurden abgebaut, permanente parteipolitische Besetzungen auf allen Ebenen sorgten für Verunsicherung und Demotivation bei den Exekutivbeamten.

SPÖ Sicherheitspaket

Sicherheit ist ein zentrales Thema für die SPÖ Burgenland. Daher wurde ein sicherheitspolitischer Forderungskatalog erarbeitet, der primär auf einer Personalstandsgarantie aufbaut. Rezar: „Von den ÖVP Innenministern wurde eine Personalkürzungswelle bei der Exekutive vorbereitet: Rund 500 burgenländische Polizisten sollen in andere Bundesländer abgezogen werden.“

Die SPÖ fordert daher eine sofortige

Personalstandsgarantie für die burgenländische Polizei, zunächst bis Ende 2009. Danach muß es eine gründliche Evaluierung der Sicherheits- und Personalkonzepte geben. Weiters darf keine weitere Schließung von Polizei-Dienststellen passieren.

SPÖ fordert

- personelle Aufstockung von besonders überlasteten Dienststellen, um einen Rund-um-die-Uhr-Betrieb zu ermöglichen;
- eine weitere Stärkung derzeit unterbesetzter Sicherheitsbehörden und -dienststellen, z. B. des Kriminaldienstes;
- in die Überwachung des internationalen Transitverkehrs ist zu intensivieren;
- Schleierfahndungsdienststellen sind in jedem Bezirk einzurichten, um den Wegfall der Grenzkontrollen durch verstärkte Maßnahmen innerhalb des Landesgebietes zu kompensieren;
- zudem muss die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden;
- dezentrale Einsatzstrukturen müssen ausgebaut werden.

- die Exekutivbeamten müssen passende Arbeitsbedingungen und eine optimale Ausrüstung vorfinden.

Ausgleich durch Darabos

Rezar: "Minister Darabos hat sich als Verteidigungsminister für das Burgenland stark gemacht und vieles erreicht. Die Menschen haben durch ihn als Verteidigungsminister ein Sicherheitsplus bekommen."

1. Assistenzeinsatz

Der Einsatz der Soldaten direkt an der Grenze endete 2007. BM Darabos veranlasste, dass auch weiterhin bis zu 1.500 Soldaten zur Verfügung stehen, um im Grenzraum die Exekutive zu unterstützen. Ein überstürztes Abziehen der Soldaten von der Grenze, wie es ÖVP Verteidigungsminister Platter bereits angekündigt hatte, gab es nicht. Das Burgenland braucht Sicherheit, und die Soldaten helfen dabei, diese Sicherheit zu gewährleisten. Darabos: „Mir geht es um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen hier im Grenzraum. Darum kündige ich an, dass dieser Einsatz auch über sein geplantes Ende hinaus, also bis ins Jahr 2009 hinein, fortgesetzt werden kann.“

2. Bundesheerreform

- In den Neubau der Kaserne in Güssing werden 33 Millionen Euro investiert. Das Jägerbataillon 19 wird nach Fertigstellung der Kaserne von drei Standorten in die modernste Kaserne des Bundesheeres zusammengelegt.
- Weitere Investitionen werden in den Bundesheer-Liegenschaften in Bruckneudorf, Eisenstadt und Kaisersteinbruch getätigt.
- In der Martin-Kaserne in Eisenstadt entsteht die Heerestruppenschule in der vier Waffenschulen vereint sein werden. Im Burgenland werden Truppenteile aus ganz Österreich zu einer der größten Ausbildungsstätten des Bundesheeres zusammengeführt.

Darabos: „Durch die Bundesheerreform wird es im Burgenland auch mehr Arbeitsplätze geben. Mit Maßnahmen für die Sicherheit werden auch Impulse für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt gesetzt.“



v. l.: BM Mag. Norbert Darabos und Gesundheits-LR Dr. Peter Rezar



EU-Parlament nimmt Abfallrahmenrichtlinie an

Das EU-Parlament einigte sich auf seiner Plenarsitzung Mitte Juni mit 673 zu 10 Stimmen auf die Annahme einer neuen Abfallrahmenrichtlinie. Damit wurde der mit dem Rat verhandelte Kompromisstext abgesegnet, um in Kraft treten zu können bedarf es nur noch der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt. Mit der neuen Richtlinie wird eine Abfallhierarchie eingeführt, die Abfallvermeidung an die Spitze und Deponierung ans Ende stellt. Nach Wiederverwendung und Recycling folgen „andere Verwertungsformen“, wozu auch besonders (energie-)effiziente Abfallverbrennungsanlagen gehören. D.h. um als Verwertung eingestuft werden zu können, muss ein gewisser Anteil der in der Verbrennungsanlage erzeugten Energie als Strom und/oder Fernwärme genutzt werden.

Die Mitgliedstaaten müssen nationale Abfallvermeidungsprogramme ausar-

beiten, die in der Richtlinie festgesetzten Recyclingziele sind bis 2020 zu erreichen. Dabei geht es um Recyclingraten von 50% für Haushaltsabfälle wie Glas, Papier, Plastik und Metall sowie 70% für Bau- und Abbruchabfälle.

Striktere Qualitätsnormen für Oberflächengewässer ab 2018

Im Rahmen derselben Plenarsitzung einigte sich das EU-Parlament auf die Annahme der Richtlinie über Umweltqualitätsnormen für Wasser. Diese verpflichtet die Mitgliedstaaten, bis 2018 die vorgegebenen maximal zulässigen Konzentrationen bestimmter umweltschädlicher Substanzen sowie jährliche Durchschnittswerte nicht zu überschreiten. Die Richtlinie umfasst 33 schädliche Stoffe, darunter Kadmium, Blei und Quecksilber.

Da die Abstimmung im EU-Parlament bereits den mit dem Rat ausverhandelten Kompromisstext zur Grundlage hatte, bedarf es nur noch der Publikation im EU-Amtsblatt. Die Mitgliedstaaten haben danach 18 Monate Zeit zur Umsetzung in nationales Recht.

Saubere Straßenfahrzeuge im Umweltausschuss

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments verabschiedete am 24. Juni mit

32 zu 18 Stimmen seine Position zum Richtlinienvorschlag der Kommission über saubere und energieeffiziente Straßenfahrzeuge (siehe auch EU-Info 1/2008). Dem Umweltausschuss kommt eine besondere Rolle zu, da er innerhalb des Parlaments für dieses Dossier federführend zuständig ist, auch wenn es sich um eine Mischmaterie aus umweltpolitischen, vergaberechtlichen und verkehrspolitischen Inhalten handelt.

Zwar stimmte der Ausschuss einigen, von kommunaler Seite geforderten, Klarstellungen zu, wirklich zufriedenstellend ist das Ergebnis jedoch nicht. Der Gemeindebund wird daher gemeinsam mit dem Städtebund und weiteren gleichgesinnten Kommunalverbänden sein Lobbying vor der Plenarabstimmung im September fortsetzen.

Folgende, vom Umweltausschuss geforderten Änderungen am Kommissionstext sind hervorzuheben:

- Die Richtlinie soll nur für neue Fahrzeuge gelten.
- Vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen sein sollen bestimmte Spezialfahrzeuge wie z.B. Einsatzfahrzeuge und in geringer Anzahl hergestellte Fahrzeugtypen.



Wohnbauförderung gegen Teuerung

Der Wohnbauförderungsbeirat hat heute 29,2 Millionen Euro für Bauvorhaben genehmigt, gibt SPÖ-Landtagsabgeordneter Gerhard Pongracz als Beiratsvorsitzender bekannt. Insgesamt wurde heuer damit bereits die enorme Fördersumme von rund 95 Millionen Euro für private und genossenschaftliche Bauprojekte bewilligt: „Die burgenländische Wohnbauförderung ist ein kräftiger sozialer Hebel im Kampf gegen die Teuerung. Wir sichern damit nicht nur 11.000 Arbeitsplätze in der Baubranche, sondern stärken den burgenländischen Familien bei der Schaffung von leistbarem Wohnbau den Rücken“, so Pongracz. Durch die mit 1. Juli 2008 in Kraft getretene Gesetzesnovelle wurde die soziale und ökologische Ausrichtung weiter verstärkt.

Mit dem kürzlich bewilligten Förderpaket werden u. a. 161 Eigen-

heime, 90 Genossenschaftswohnungen, 67 Reihenhäuser sowie rund 340 Sanierungs- und Ankaufsvorhaben unterstützt. Genehmigt wurde auch die Förderung von 472 Alternativenergieanlagen. „Das ist ein Spitzenwert, der den anhaltenden Trend zur Ökoenergie im Burgenland bestätigt“, sagt Pongracz und betont: „Die neue Wohnbauförderung bringt einen weiteren, kräftigen Ökologisierungsschub. Der Klimaschutzgedanke wird beim Bau jedes geförderten Hauses von der Planung weg berücksichtigt.“

Standard Niedrigenergiehaus

Seit 1. Juli ist das Niedrigenergiehaus im Burgenland Standard im geförderten Wohnbau. Die Ökoförderung wurde auf maximal 25.000 Euro aufgestockt. Die Förderung für Sanierungen ist um 5.000 Euro angehoben worden, auch der Einsatz

erneuerbarer Energie wird höher gefördert. Weitere Neuerungen sind die Anhebung der Einkommensgrenzen, die Ausweitung der Wohnbeihilfe und die Förderung von Alarmanlagen. „Sozial, ökologisch und sicher – die neue burgenländische Wohnbauförderung nimmt auf die wichtigsten gesellschaftlichen Bedürfnisse Rücksicht“, so Pongracz. Insgesamt stehen heuer weit über 100 Millionen Euro zur Verfügung.



Bgm. Gerhard Pongracz

KRAGES & VAMED kooperieren

Das Land Burgenland und die KRAGES haben auf Basis einer EU weiten Ausschreibung beschlossen, das bestehende Pflegeheim Neudörfel in Zukunft gemeinsam mit der VAMED als privatem Partner zu betreiben und entsprechend den Anforderungen für ein modernes Pflegeheim weiterzuentwickeln.

v. l.: Mag. Gerlinde Werginz (Vamed), Mag. Gottfried Koos (Vamed), LR Dr. Peter Rezar, DGKS Barbara Klammer, KRAGES GF Mag. Hannes Frech, Mag. Christian Breitfuss (GF PPP Gesellschaft)

Konkret hat die KRAGES die Gründung einer Public Private Partnership-Gesellschaft zur Betriebsführung und zur Umsetzung der erforderlichen Investitionen des Pflegeheimes Neudörfel beschlossen, wobei die KRAGES 51 Prozent und die VAMED als privater Partner 49 Prozent der Geschäftsanteile halten wird. Die KRAGES bleibt alleiniger Rechtsträger.

„Die VAMED wird die Verantwortung für die Führung des Pflegeheimbetriebes sowie die Finanzierung und Umsetzung der für die Weiterentwicklung des Standortes erforderlichen Investitionen tragen. Die PPP-Gesellschaft wird nach Abwicklung der Gründungsmodalitäten im 4. Quartal 2008 operativ tätig werden. Das Investitionsvorhaben von rund 15 Millionen Euro hat die Anhebung der Zimmerstandards sowie einen Erweiterungsbau zum Inhalt“, so Gesundheits- und Soziallandesrat Dr. Peter Rezar.

Darüber hinaus wird das bestehende Leistungsangebot des Pflegeheimes Neudörfel mit 150 Betten in 1- und 2-Bettzimmern durch die Errichtung einer



Demenzabteilung und Schaffung von 12 Tagesbetreuungsplätzen weiterentwickelt und somit einen stark steigenden Bedarf in diesem Bereich Rechnung getragen. In dieser neuen Konstellation wird das Pflegeheim Neudörfel zu einer modernen und zukunftsweisenden Einrichtung auf

dem Gebiet der Betreuung pflegebedürftiger Mitmenschen. Die VAMED-Gruppe gilt als Pionier von öffentlich-privaten Partnerschaftsmodellen und hat allein in Österreich und in den letzten 10 Jahren 8 große Gesundheitsprojekte auf diese Weise verwirklicht. ♦

Bauplätze für Jungfamilien

Die SPÖ Oberpullendorf mit Vzbgm. Wolfgang Gruber möchte Maßnahmen setzen, damit es auch in der Stadtgemeinde Oberpullendorf zu einem Bevölkerungszuwachs kommt.

In einer Stellungnahme von Vzbgm. Gruber wird festgehalten, dass trotz starker Zuwanderung die Einwohnerzahl von Oberpullendorf (3.000) seit Jahren stagniert.

Viele junge Familien mieten sich eine Wohnung, allerdings können sie sich keine Bauplätze in dieser Preisklasse leisten und wandern daher wieder in die umliegenden Gemeinden ab.

Grund für diese Abwanderung sieht Gruber in den viel zu hohen Preisen bei den vorhandenen Bauplätzen.

Daher möchte die SPÖ weitere Bauflächen erschließen, welche dann von der Stadtgemeinde zu erschwinglichen Preisen den jungen Familien angeboten werden können.

Gerade in Zeiten, wo viele Familien auf Grund der hohen Inflation Einbußen im Lebensstandard hinnehmen müssen, ist es wichtig, vor allem junge Menschen bei der Gründung einer Familie zu unterstützen, damit auch Sie sich ein Eigenheim leisten können.

In einem Nachsatz merkt Vzbgm. Gruber an, dass seitens der SPÖ angedacht wird, auch die älteren Bewohner von Oberpullendorf seitens der Stadtgemeinde in diverser Form

(z.B. Heizkostenzuschuss, Reduzierung von div. Gemeindeabgaben, kostenloses City-Taxi usw.) zu unterstützen, um die Einbußen im Bezug auf die Kaufkraft ihrer Pensionen durch die vorhandene Inflation etwas abzuschwächen.



Vizebürgermeister Wolfgang Gruber

Gemeinden und ländlicher Raum als unsere Lebensbasis

„Erinnern wir uns an die Kahl-schlagpolitik der ÖVP-FPÖ(-BZÖ)-Regierung im ländlichen Raum: Jene Infrastruktur, die notwendig ist, um die Lebensqualität zu sichern, wurde aus Kostengründen systematisch vernichtet. Eine Schließungswelle, an deren Folgen wir heute noch leiden, überrollte das Land. Postämter, Gendarmerieposten, Finanzämter, Bezirksgerichte usw. wurden aufgelöst, der öffentliche Regionalverkehr eingeschränkt, ohne die Bedürfnisse der Menschen in den betroffenen Regionen zu berücksichtigen. Die Proteste der SPÖ scheiterten an der schwarz-blau-orangen Regierungsmehrheit“, betont NRAbg. Ing. Erwin Kaipel.

Die SPÖ will andere Schwerpunkte setzen und hat dies auch in ihrem aktuellen Wahlprogramm festgehalten. Wir wissen, wie wichtig ein intaktes und funktionsfähiges Lebensumfeld für die Menschen am Land ist. Daher ist unser Ziel die Herstellung der Chancengleichheit mit Städten und urbanen Gebieten im Bereich Bildung, Soziales usw. Das bedeutet, die Gemeinden in den Mittelpunkt zu stellen, sie zu fördern und zu stärken.

„Wir betrachten den ländlichen Raum und die ländliche Entwicklung nicht ausschließlich aus Sicht der Bauern. Für uns sind die Dienstleistungen, das Angebot an die Menschen in den ländlichen Regionen von besonderer Bedeutung. Diese Leistungen werden im Wesentlichen durch Gemeinden erbracht: im Bereich Pflege, Gesundheit, Soziales, Bildung, Nahversorgung, Verkehr usw. Arbeitsplätze im ländlichen Raum können nur entstehen oder gehalten werden, wenn das Umfeld für Betriebe positiv ist. Gelingt es, attraktive Bedingungen zu schaffen, tragen die Gemeinden zur Beschäftigung bei und verhindern damit die Abwanderung oder das Auspendeln in Ballungsgebiete. Gemeinden gehören daher gestärkt, um die Vielzahl an Aufgaben leisten zu können. Daher nimmt der ländliche Raum einen so prominenten Platz in unserer Strategie ein“, so Kaipel weiter.

- Weg von der Förderung von Groß-

bauern, hin zu der Förderung vom Arbeitseinsatz statt Maschinen und Flächen.

- Ziel ist eine zwischen Bund, Land und Gemeinden abgestimmte Planung für Regionen unter Einbeziehung von EU-Fördermitteln, bei der die Infrastruktur und Lebensqualität zentrale Planungskriterien sind.

- Hilfe für Menschen am Land und in den Gemeinden – anstatt sie aus ihrem gewohnten Lebensumfeld zu vertreiben.

Als langjähriger Bürgermeister von Riedlingsdorf weiß Kaipel um die Bedeutung der Gemeinden für ihre Bürgerinnen und Bürger. Sie sind gleichzeitig Heimat und Kernzelle der Demokratie. Aus diesem Grund will die SPÖ Gemeinden und den ländlichen Raum besonders beachten und die Lebensqualität dort dauerhaft sichern. ◆



ZUR PERSON:

Ing. Erwin Kaipel, geboren 1952,
Techniker von Beruf,
wohnhaft in Riedlingsdorf.
Für den Wahlkreis Burgenland
Süd seit 1994 im Nationalrat.
Telefon: 0664-4226680,
e-Mail: erwin@kaipel.com
Internet: www.erwin-kaipel.com

Sozialer Gaspreis

Nachdem die BEGAS vergangene Woche angekündigt hat, den Gaspreis mit 1. September um 10% zu erhöhen, haben GVV und AK reagiert. Eine soziale Staffelung des Gaspreises kommt. HeizkostenzuschussbezieherInnen sind von dieser Erhöhung befreit. GVV-Präsident Schmid zeigt sich über den Kompromiss mit dem BEGAS-Vorstand erfreut.

GVV-Präs. Schmid: Wer rasch hilft, hilft doppelt

GVV-Präsident Schmid: „Wer rasch hilft, hilft doppelt! Angesichts der enormen Teuerungswelle ist dieser Sozialtarif eine vernünftige Lösung und eine rasche, unbürokratische Hilfe für viele Burgenländerinnen und Burgenländer!“

Konkret wird die BEGAS die Tarife für Personen, die ein Einkommen unterhalb des Ausgleichszulagenrichtsatzes haben, Heizkostenzuschuss beantragen und auch erhalten, nicht erhöhen. Der Ausgleichszulagenrichtsatz beträgt zur Zeit für Alleinstehende € 747,- und für Ehepaare € 1.120,-. Pro Kind erhöht sich der Richtsatz um € 78,20. Im Burgenland haben etwas mehr als 3500 Personen, die Ausgleichszulage und Heizkostenzuschuss beziehen, auch einen Gasanschluss.

Versorgungsauftrag und soziale Verantwortung

Schmid: „Die Gemeinden sind Haupteigentümer der BEGAS. Wir haben aber nicht nur einen Versorgungsauftrag, sondern auch soziale Verantwortung wahrzunehmen. Daher ist diese soziale Staffelung des Gaspreises eine konkrete Maßnahme gegen die allgemeine Teuerungswelle!“

Voraussetzung für den Sozialtarif der BEGAS ist lediglich eine Bestätigung des Landes, dass man Bezieher des Heizkostenzuschusses ist. Der Antrag auf Gewährung des Heizkostenzuschusses kann von 15. November 2008 bis Ende Februar 2009 gestellt werden. ◆

Mehr Chancen für die Menschen

Am 28. September 2008 werden die ÖsterreicherInnen vor der Entscheidung stehen, welcher Partei sie ihr Vertrauen schenken. Eine Entscheidung, die nach dem Vergleich der Parteiprogramme für den ländlichen Raum eigentlich leicht fallen sollte: denn im Programm der SPÖ stehen gute Lebensbedingungen für die Menschen in den Gemeinden und eine starke Regionalpolitik im Vordergrund.

Eine überzeugende Kommunalpolitik durch glaubwürdige und kompetente Arbeit vor Ort - das lebt der Siegendorfer Bürgermeister Gerhard Steier, der seit 2002 eine wichtige Stimme des Burgenlands im Parlament ist und auch bei den Wahlen 2008 wieder für den Nationalrat kandidiert. „Die nachhaltige Verbesserung des Lebens-, Arbeits- und Wohnumfeldes der BürgerInnen ist eine

ganz zentrale Herausforderung. Vor dem Hintergrund der oft sehr schwierigen Finanzsituation vieler Kommunalhaushalte stellt dies einen ehrgeizigen politischen Anspruch dar. Wir wollen mehr Chancen und Perspektiven für die Menschen. Wichtig ist uns auch der Ausbau der Infrastruktur und des Verkehrsnetzes. Und nicht zuletzt steht eine gute Umweltqualität im Vordergrund. Wir stehen dafür, dass die Gemeinden in die Lage versetzt werden, den kommunalen Aufgaben - von A wie Arbeit bis Z wie Zuzug- nachzukommen und die Bedürfnisse ihrer BewohnerInnen optimal zu befriedigen. Und gerade in der Gemeinde heißt unser Grundsatz 'Vorsorge statt Reparatur' – Energiesparen und Umweltschutz sind Investitionen für die Zukunft unserer Kinder“, umreißt Steier die wichtigsten Handlungsfelder der nächsten Jahre.

„Unser Programm ist ambitioniert und klar – mehr Chancen für die Menschen stehen im Mittelpunkt. Unser Anspruch ist der politische Wille zur



Gestaltung – und dafür hoffen wir, am 28.9.2008 einen klaren Auftrag von den WählerInnen zu erhalten, um die begonnenen Reformen weiterführen zu können“ so Steier abschließend. ◆

Die Menschen im Mittelpunkt

Am 28. September finden die nächsten Nationalratswahlen statt. Im Wahlkreis Nord führt Bürgermeister Erwin Preiner einen Vorzugsstimmewahlkampf.

Preiner an die Adresse der WählerInnen: „Wir brauchen weiterhin eine Politik, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Chancengleichheit, Ehrlichkeit und soziale Ausgewogenheit sind für mich Inhalte, die auch in der Politik gelten müssen. Es ist daher dringend notwendig, Maßnahmen gegen die Teuerung, die alle Menschen in Österreich trifft, schnellstmöglich zu setzen. Zurückhaltung bei den nächsten Lohnrunden, auf Kosten der ArbeitnehmerInnen ist meiner Meinung nach der falsche Weg. Die Politik darf sich nicht in Geiseln internationaler Konzerne und Großunternehmer begeben!“

Die Umsetzung folgender Maßnahmen ist ihm wichtig:

- Erhöhung der Familienbeihilfe bereits ab Geburt
- Anhebung des Pflegegeldes wenigstens um die Inflationsrate
- Ausweitung des Pflegegeldes für

Demenzkranke und für Kinder und Jugendliche mit Behinderung

- Verlängerung der Hacklerregelung mindestens bis 2013
- Sicherung und Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze
- Abschaffung der Studiengebühren Freier Zugang zu allen Bildungseinrichtungen für alle ÖsterreicherInnen
- Gesundheitliche Versorgung - für ALLE leistbar
- Weiterentwicklung unseres Bildungs- und Ausbildungssystems
- Halbierung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel
- Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel
- Mehr Sicherheit in unseren Gemeinden
- Ausbau und Förderung von Alternativenergien- Klimaschutz
- Stopp dem weiteren Anstieg der Treibstoffpreise
- Finanzielle Entlastung der Gemeinden
- Sichere Pensionen

Gemeinsam mit der Gewerkschaft will Preiner sich zum Wohle aller Ar

beitnehmerInnen um eine Politik mit sozialer Handschrift und eine gerechte Steuerreform bemühen.

Erwin Preiner lädt ein, ihn bei der Umsetzung dieser Vorhaben zu unterstützen.

Wer das möchte, kann ihm bei der kommenden Nationalratswahl eine Vorzugsstimme geben. ◆



Erwin Preiner

Bezauberndes Schottland

Von 20. bis 24. August besuchten mehr 66 SP-GemeindevertreterInnen aus allen Bezirken des Burgenlandes Schottland.

Die Gruppe unter der Führung von GVV-Präsident Schmid verbrachte 5 Tage in Schottland, wobei insgesamt mehr als 1000km zurückgelegt wurden. 4 der 5 größten Städte Schottlands, Aberdeen, Glasgow, Inverness und Edinburgh, wurden besucht, sowie das ländliche Schottland erkundet.

Hauptaugenmerk dieser Reise war es, Gemeindestrukturen außerhalb Österreichs kennen zu lernen sowie den Zusammenhalt zwischen dem GVV und seinen Mitgliedern zu fördern.

Die GemeindevertreterInnen zeigten sich von der atemberaubenden Schönheit des schottischen Hochlandes und der schönen Bausubstanz in den Städten tief beeindruckt. Neben der Hauptstadt Edinburgh und den anderen großen Städten wurde auch das ländliche Schottland intensiv erkundet.

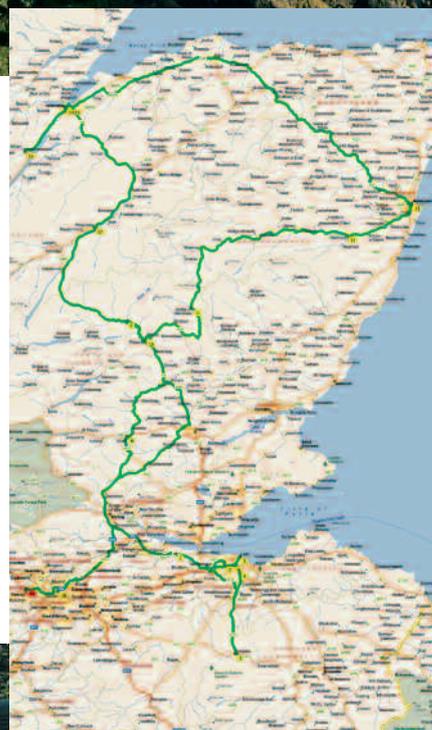
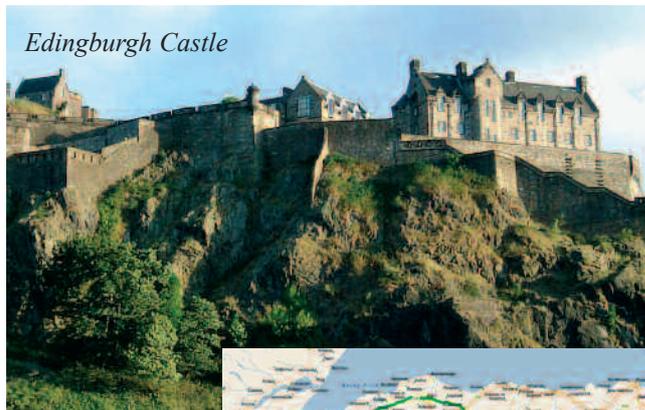
Auch die Freizeit kam nicht zu kurz. Neben einer Bootsfahrt auf dem be-

rühmten Loch Ness wurden in Glasgow auch die bekannten Fußballstadien der Glasgow Rangers und Celtic Glasgows besucht. Anzumerken war allerdings, dass es im touristischen Bereich, vor allem im Hotelbereich, in Schottland trotz aller Bemühungen noch Defizite gibt, die jedoch sicherlich bald behoben sein werden.

GVV-Präsident Schmid zog nach der Reise eine positive Bilanz: „Schottland und speziell das Hochland ist auf jeden Fall eine Reise wert. Wir haben trotz der leichten Schwächen im Bereich der touristischen Infrastruktur in Schottland einen sehr schönen Aufenthalt verbracht und sicherlich für alle Teilnehmer eine schöne Reise organisiert.“

Der Gemeindevertreterverband bedankt sich bei allen TeilnehmerInnen für die tolle Disziplin und verspricht, auch nächstes Jahr eine attraktive Reise zu organisieren. ♦

Edinburgh Castle



TeilnehmerInnen an der GVV-Reise 2008 (großes Bild) und Reiseroute durch Schottland (re.ob.)



A-7552 Stinatz Waldgasse 1
 Tel: +43 (0)3358-2033 Fax: -3388
office@grandtours.at www.grandtours.at

Flugreise Advent in Berlin

12.-14.12.2008



Berlin ist immer eine Reise wert - und gerade zur kommenden Adventzeit. Neben den rund 50 Weihnachtsmärkten in der Hauptstadt startet in diesem Jahr wieder der Berliner Winterzauber, bei dem Berlin in ein einzigartiges Lichtermeer verwandelt wird.

Flug mit Air Berlin

Freitag, 12.12.2008	ab Wien	10.40	an Berlin	11.50
Sonntag, 14.12.2008	ab Berlin	19.20	an Wien	20.40

Unterkunft: **HOLIDAY INN Berlin-Mitte ******

Nahe der kulturellen und historischen Mitte Berlins direkt an der Metrostation Gesundbrunnen, liegt das Hotel zentral und dennoch ruhig am Humboldthain.

259.-

Leistungen:

- Direktflug mit Air Berlin
- alle Flughafentaxen und Gebühren
- 2 x Nächtigung/Frühstück (Buffet) im Hotel
- Transfer Flughafen-Hotel-Flughafen

Einbettzimmer: 25.-/Nacht



Zeigen Sie Ihrer Heizung die rote Karte.

Wer bis 2009 seine bestehende Heizungsanlage mit einer Wärmepumpe oder einer kontrollierten Wohnraumlüftung mit Wärmepumpe ausstattet, erhält einen **Sanierungsbonus bis zu 750 Euro***.

Weitere Infos unter **0800/888 9000** oder **www.bewag.at**

*Voraussetzung: Tarif Optima Premium und Installation von einem Marktpartner Ökoenergie

50
JAHRE

BEWAG



Die Wopfinger Bergbau- und Aufschließungs GmbH als 100% Tochterfirma der Schmid Industrie Holding (Baumit, Wopfinger, Austrothem, Murexin u.a.) hat ihre neue Zweigstelle in Purbach eingerichtet.

Somit ist es ihr anhand des vorhandenen Pools an Fachleuten nun möglich, auch den Kunden im Burgenland direkt eine umfassende Gesamtlösung für ihre Problemstellungen in folgenden Fachbereichen bieten zu können:

- Vermessungen
- Kulturtechnik und Wasserwirtschaft
- Planungen Wasserbau
- Deponietechnik
- Umwelttechnik und Umweltschutz
- Geotechnik und Labor
- Bohrungen und Geologie
- Bergbau

Tel.: +43 (0) 2683/20 321
Fax: +43 (0) 2683/20 104
Mobiltel.: +43 (0) 664/60 6551 154
e-mail: office@wba.co.at
Adresse: 7083 Purbach,
Untere Bahngasse 102



Wopfinger
Bergbau- und Aufschließungs GmbH

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvbgld.at
Redaktion: Media & Marketing
M.+I. Murczek OEG
Lisztgasse 2, 2491 Neufeld/L.
Herstellung: Kenad&Danek,
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt
Zulassungsnummer: 02Z034036 M